

Boden gut gemacht

HIM-ASG

20 Jahre Altlastensanierung in Hessen – 20 Jahre HIM-ASG

Sabine Gier

Die HIM GmbH ist seit 1989 im Auftrag des Landes – vertreten durch die jeweiligen Regierungspräsidien – als Träger der gewerblichen Altlastensanierung tätig. Ehemalige Industrie-, Gewerbe- und Militärstandorte, die mit Schadstoffen belastet sind und für die der Verursacher oder sein Rechtsnachfolger nicht – oder nicht rechtzeitig – herangezogen werden konnte, werden zur Projektabwicklung an die HIM GmbH, Bereich Altlastensanierung (HIM-ASG) übertragen, ohne dass diese Sanierungsverantwortliche wird und aus Landesmitteln saniert. Über 675 Mio. € hat das Land Hessen seit 1990 bis einschließlich 2009 in die Sanierung von gewerblichen, Rüstungs- und kommunalen Altlasten investiert.

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die HIM GmbH, Bereich Altlastensanierung, blickten anlässlich des 50. Hessentages am 02. Juni 2010 in einer gemeinsamen Fachveranstaltung in Stadtallendorf zurück auf 20 Jahre erfolgreiche Altlastensanierung in Hessen und 20 Jahre HIM-ASG. Vertreter des Landes Hessen, des Regierungspräsidiums Gießen, der Stadt Lampertheim und der HIM-ASG berichteten jeweils aus ihrer Sicht über Erfahrungen und Erfolgsfaktoren und zogen eine Bilanz nach 20 Jahren Altlastensanierung in Hessen. Ergänzend wurde mit Vorträgen zu Altlastensanierung in Bayern und in der benachbarten Schweiz der Blick über die Landesgrenzen gelenkt. Beiträge zur Nachhaltigkeit und zum Flächenrecycling in NRW thematisierten die künftige inhaltliche Ausrichtung des Arbeitsfeldes Altlastensanierung.

Im Auditorium fanden sich Vertreter aller an der Umsetzung der Projekte der HIM-ASG beteiligten Akteure sowie von der Sanierung der bewohnten Rüstungsaltlast Stadtallendorf betroffene Bürger.

Manfred Vollmer, Bürgermeister der Stadt Stadtallendorf, umriss in seinem Einführungsvortrag die Geschichte der Gemeinde Stadtallendorf sowie die wirtschaftliche und

soziale Struktur ihrer Bevölkerung. Bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg war Allendorf eine kleinbäuerliche Gemeinde mit 1.500 Einwohnern. Die Rüstungswirtschaft und der Krieg brachten eine gewaltsame Wandlung: 1938 wurde Allendorf zum Standort zweier Sprengstoffwerke bestimmt, damals wohl den größten in Europa. Das erste Werk lag in dem über 500 ha großen Waldgebiet südlich der Main-Weser-Bahn. Es wurde im Auftrag des Oberkommandos des Heeres (OKH) von der Dynamit AG, vormals Alfred Nobel & Co., Troisdorf (DAG) betrieben. Das zweite Werk umfasste rund 420 ha Waldfläche nördlich der Bahnlinie. Auftraggeber hierfür war das Oberkommando der Kriegsmarine (OKM); betrieben wurde es von der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff AG, Chemischen Fabriken, Berlin (WASAG). In beiden Werken, mit insgesamt 654 Gebäuden arbeiteten zeitweilig 25.000 Menschen: Zwangsarbeiter.

Nach dem Krieg wurde auf Befehl der Militärregierung zwar ein Teil der Werksanlagen gesprengt, doch es blieben auch viele Gebäude stehen – genug, um Tausenden von Heimatvertriebenen Unterkunft und Arbeitsplätze im Delaborierungsprogramm zu bieten. Die Werksgebäude, soweit sie von Sprengungen blieben, wurden für die Ansiedlung ziviler Industrien genutzt. Es entstanden Wohngebiete, kleinere und mittlere Betriebe sowie Großbetriebe mit mehr als 1.000 bzw. 2.000 Beschäftigten. Ungefähr 4.000 Menschen lebten auf Flächen, die der Rüstungsproduktion dienten, ca. 8.000 Personen hatten hier ihren Arbeitsplatz. Innerhalb zweier Jahrzehnte entwickelte sich das zentral gelegene Stadtallendorf zum industriellen Schwerpunkt des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Seit 1960 besitzt Stadtallendorf Stadtrechte. Die Mitte der 1980er Jahre erkannte Altlastenproblematik stellte eine Bedrohung des Aufgebauten dar, die nur durch gemeinsames zielorientierte Handeln zu bewältigen war.

Als Erfolgsfaktoren der Projektumsetzung stellte Vollmer die von

Anfang an gewährleistete aktive Teilnahme und Beteiligung aller Betroffenen und Beteiligten, insbesondere der Kommune, und das präventive Konfliktmanagement des Bürgerbeteiligungsbüros heraus. Für die Akzeptanz der Betroffenen sei die Sanierungsvereinbarung, die die Grundstückseigentümer finanziell absichert, entscheidend gewesen.

Vollmer resümierte, dass eine umfassende, nachhaltige und Nutzung sichernde Sanierung nunmehr als erfolgreich abgeschlossen anzusehen sei und mit der jüngst zu verzeichnenden Zunahme der privaten Bautätigkeit sowie der Expansion von Firmen erste Früchte zu tragen beginne und das Vertrauen in den Standort belege.

In Vertretung von Ministerin Silke Lautenschläger überbrachte Wenzel Mayer, Abteilungsleiter Wasser und Boden im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dass Grußwort des Landes Hessen und würdigte die Erfolgsgeschichte des Landes Hessen und der HIM-ASG. In 20 Jahren sei im wahrsten Sinne des Wortes viel Boden gut gemacht worden. So wurden die Bodensanierungen im bewohnten Bereich der Rüstungsaltstandorte Stadtallendorf und Hessisch Lichtenau abgeschlossen. Auch die Sanierung der bewohnten Altlast in Lampertheim-Neuschloß gehe zügig dem Ende entgegen. Gleichwohl habe sich das Thema Altlasten noch nicht erledigt. Nach den Jahren von Nazi-Diktatur und Zwangsarbeit sei gerade die Beseitigung der ökologischen Schäden der Rüstungsindustrie ein klares politisches Bekenntnis zur Demokratie, zur Bewältigung der historischen Schuld und der Kriegsfolgen und trage zur Gestaltung der Zukunft bei.

Mit Stolz wies Mayer darauf hin, dass dem Land Hessen und der HIM-ASG im Jahr 2004 mit der Verleihung des Phoenix-Awards – eine weltweit anerkannte Auszeichnung der amerikanischen Umweltbehörde U.S. EPA für erfolgreiches Flächenrecycling – für das Projekt Pionierpark Mühl-

heim und der Auszeichnung des Beitrages „The License to Dig“ beim alle zwei Jahre vergebenen European Public Sector Award (EPSA) im Jahr 2009 auch international Anerkennung gezollt wurde.

Mayer unterstrich, dass die Altlastenbewältigung einen hohen Stellenwert im öffentlichen Interesse einnehme, da sie Schutzgüter sichere, Arbeitsplätze schaffe und einen Beitrag zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme leiste. Die Politik in Hessen habe dies erkannt und stelle auch in Zeiten leerer Haushaltskassen hohe Mittel zur Verfügung. Die hohe Priorität der Altlastensanierung sei in den letzten 20 Jahren bei allen Landesregierungen gegeben gewesen. Auf der Basis der bisherigen Erfolgsgeschichte gelte es nun, die Zukunft zu gestalten und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Hohe Bedeutung hierbei habe das nachhaltige Flächenmanagement.

Andreas Ellerkamp, Geschäftsführer der HIM GmbH, dankte dem früheren Leiter der HIM-ASG, Hans-Jürgen Pflugradt, für seine Leistungen in den Anfangsjahren und umriss die Erfolgsfaktoren für den „Blockbuster Altlasten“. Grundvoraussetzungen seien die politische Idee mit ausgeprägtem Willen zum Erfolg und einem zweckgebundenen Budget, ein professionelles Team, der Einsatz ausgereifter und innovativer Technik sowie aktive Bürgerbeteiligung und das kontinuierliche Werben um Akzeptanz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Entscheidend seien Sinn, Ziele und erkennbare Wirkung der Maßnahmen.

20 Jahre Boden gut gemacht

Mustafa Dönmez, Referatsleiter Altlasten im Hessischen Umweltministerium, umriss die Historie der Altlastensanierung in Hessen. Mit der systematischen Erfassung der Altdeponien durch die Hessische Landesanstalt für Umwelt (HLfU) wurde bereits 1980 begonnen, die eigentliche Altlastenbearbeitung setzte 1989 mit Inkrafttreten des Hessischen Abfallwirtschafts- und Altlastengesetzes ein. Parallel erhielt die Hessische Industriemüll GmbH (HIM) per Rechtsverordnung den Auftrag des Landes Hessen, als Träger der Altlastensanierung tätig zu werden. 1994 trat das erste hessische Altlastengesetz in Kraft, damit nimmt Hessen eine Vorreiterrolle ein. 2002 formulierte Staatsminister Dietzel das Ziel, die Sanierung der großen bewohnten Altlasten bis 2010 abzuschließen. In Verbindung mit den bundesrechtlichen Regelungen bildet heute das Hessische Altlasten-

und Bodenschutzgesetz vom 28. September 2007 mit dem zugehörigen untergesetzlichen Regelwerk die Grundlage der Altlastenbearbeitung in Hessen.

Der finanzielle Aufwand für die gewerbliche Altlastensanierung belief sich seit 1990 auf rund 530 Mio. €. Allein für die Standorte Stadtallendorf und Hessisch Lichtenau wurden 255 Mio. € aus Landesmitteln bereitgestellt. Die absolute Kostenspitze lag im Jahr 2004 und schloss die Sanierung der Tri-Halde in Stadtallendorf ein. Das Land unterstützt seit 1990 die Kommunen finanziell bei der Sanierung der kommunalen Altlasten. Kommunal verursachte Altlasten werden ausschließlich durch die hierfür verantwortlichen kommunalen Gebietskörperschaften saniert. Für die Sanierung kommunaler Altlasten wurden bislang rd. 155 Mio. € aus Landemitteln eingesetzt, die Spitze lag im Jahr 2008. 2007 wurde zur Förderung der Kommunen das „Abschlussprogramm kommunale Altlastensanierung“ mit einem Etat von 50 Mio. € aufgelegt. Ziel ist, die Sanierung kommunaler Altlasten bis zum Jahr 2015 nahezu vollständig abzuschließen und die Förderung auslaufen zu lassen. Zurzeit wird in der Fachabteilung über die Möglichkeit einer Erweiterung der Fördermöglichkeit des Flächenrecyclings für kommunale Altlasten, die nicht kommunal verursacht sind, sich aber im kommunalen Besitz befinden, diskutiert.

Dönmez resümierte, dass sich der Aufwand für den Bodenschutz gelohnt habe. Bodenschutz sei erforderlich, um nicht im wahrsten Sinne des Wortes „den Boden unter den Füßen zu verlieren.“ Liegenlassen bedeute, die Verantwortung in die Zukunft zu verschieben und erhöhe die Kosten. Aktives Handeln hingegen trage dazu bei, Investitionshemmnisse für die Wirtschaft zu beseitigen, Arbeitsplätze zu schaffen, Forschungsimpulse zu liefern und nachhaltigen Einfluss auf Siedlungs- und Flächenstrukturen zu ausüben. Nun sei es Zeit, die Früchte der Anstrengungen der letzten 20 Jahre zu ernten und die durch Reduzierung der Aufwendungen für die Altlastensanierung freiwerdenden Mittel für zukunfts aufgaben wie Bildung und Klimaschutz einzusetzen.

Mit dem wunderbaren Zitat „Eine Nation, die ihren Boden zerstört, zerstört sich selbst!“ (*Friedrich Albert Falou, 1794–1877, Lehrbuch „Pedologie oder allgemeine und angewandte Bodenkunde“ 1862*) schloss Dönmez seinen Vortrag und forderte jeden dazu auf, an seinem Platz Verantwortung zu übernehmen.

Über die Zusammenarbeit zwischen Sanierungsträger und Regierungspräsidium berichtete Dr. Michael Weis, RP Gießen, in seinem Festbeitrag. In der hessischen Landesverwaltung ist das Regierungspräsidium Darmstadt Fach- und Bündelungsbehörde des Landes Hessen. Im Sonderfall der Sanierungsträgerschaft befindet sich das RP Gießen in einer „Sandwichlage“ zwischen dem Landessanierungsverantwortlichen (Hessisches Umweltministerium) und der HIM-ASG, auf die die Sanierungsträgerschaft übertragen wurde. Die administrative und politische Verantwortung verbleibt in diesem Modell beim jeweiligen RP, das für von der HIM-ASG durchgeführten Maßnahmen die zuständige Antrags- und Genehmigungsbehörde ist und als stellvertretender Auftraggeber fungiert. Als positiv hob Weis hervor, dass trotz vielfältiger administrativer Umstrukturierungen der kontinuierliche Mittelabfluss gewährleistet sei.

Erich Maier, Bürgermeister der Stadt Lampertheim, stellte die Erfahrungen mit der Sanierung der derzeit letzten großen bewohnten in Hessen aus der Sicht der Kommune vor. 1827 wurde in der Chemischen Fabrik in Lampertheim-Neuschloß mit der Sodaproduktion begonnen, weitere Produkte kamen hinzu. Nachdem die Produktion bereits 1927 eingestellt worden war, wurde das Grundstück der Chemischen Fabrik im Jahre 1928 verkauft und die Baulichkeiten im Anschluss daran schrittweise abgerissen. Mitte der 1950er Jahre wurde mit der Wohnbebauung auf dem ehemaligen Betriebsgelände der chemischen Fabrik Neuschloß begonnen. Eine zweite, größere Bebauungsphase folgte zu Beginn der 1980er Jahre. Der Bereich des ehemaligen Betriebsgeländes der Chemischen Fabrik in Neuschloß ist heute nahezu vollständig bebaut; er umfasst 125 bebaute Grundstücke mit über 600 Bewohnern. Während der zweiten Bauphase fanden sich erste Hinweise auf Kontaminationen.

Die nahezu 10-jährigen umfangreichen Untersuchungen zur Historie der Fabrik, zur Erkundung von Umfang und Ausmaß der Boden- und Grundwasserunreinigungen hatten ergeben, dass das ehemalige Betriebsgelände flächendeckend und z.T. in erheblichem Ausmaß mit organischen und anorganischen Schadstoffen kontaminiert und das Grundwasser im Bereich des Geländes und in einer Abstromfahne vor allem mit Arsen belastet und eine Sanierung zwingend war. Nach Abschluss eines Rahmenvertrages zwischen dem Land Hessen, der Stadt Lampertheim

und dem Verein Altlasten e.V. wurde 2002 auf Grundlage der für verbindlich erklärten Sanierungspläne mit der Grundwassersanierung und mit den vorbereitenden Maßnahmen für die Bodensanierungsmaßnahme begonnen. Der erste Spatenstich für die Bodensanierung erfolgte im April 2003, die Sanierung der ersten Sanierung der ersten Sanierungsbaustelle wurde Ende September 2003 beendet. Die Bodensanierung erfolgt in fünf Sanierungsabschnitten, wobei für jeden Abschnitt ca. 1,5 bis 2 Jahre Sanierungsdauer veranschlagt werden. Derzeit wird der vierte Sanierungsabschnitt bearbeitet, die Maßnahme soll 2011 beendet werden.

Aus heutiger Sicht werden die Sanierungskosten für die Grundwasser- und Bodensanierung auf ca. 65 Mio. € geschätzt. Das Land Hessen hat 76% der Kosten übernommen, obwohl die Planungsverantwortlichkeit und deswegen ggf. auch die Sanierungsverantwortlichkeit bei der Kommune liegt. Der Eigenanteil der Kommune für die Wiederherstellung der Außenanlagen beläuft sich auf 14%, die Kosten für die eigenen Flächen werden zu 100% von der Stadt getragen. Die finanzielle Beteiligung der Grundstückseigentümer wurde auf 15.000 DM/7.500 € gedeckelt, die Verbindlichkeitsklärung wurde von den Betroffenen bis auf wenige Ausnahmen unterzeichnet. Nach Abschluss des Projekts soll in Eigenverantwortung der Kommune die Sanierung des so genannten Sodabuckels erfolgen. Die Kosten hierfür werden mit rd. 5,2 Mio. € veranschlagt.

Zahlen, Daten und Fakten

Birgit-Schmitt-Biegel, Berichtsleiterin der HIM-ASG, präsentierte die beeindruckende Bilanz aus 20 Jahren Altlastensanierung in Trägerschaft der HIM-ASG. Als Sanierungsträger ist die HIM-ASG das Projektmanagement und die Projektsteuerung sowie die Öffentlichkeitsarbeit und die Bürgerbeteiligung verantwortlich. Darüber hinaus erbringt sie definierte fachspezifische Eigenleistungen (Entsorgung) und beteiligt sich an der Durchführung von F&E-Vorhaben zur Entwicklung innovativer und kostengünstiger Sanierungstechniken. Zur Abwicklung von Sanierungsprojekten bedient sich die HIM-ASG im Regelfall externer Auftragnehmer, die mit Planungsleistungen sowie der Durchführung von Erkundungs- und Sanierungsmaßnahmen beauftragt werden.

Seit 1990 wurden 80 Projekte wurden bearbeitet, bei 48 besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Branchenbezogen spielten die Metallverarbei-

tung und chemische Reinigungen die größte Rolle. Priorität bei den bearbeiteten Projekten hatten die drei Großprojekte der Sprengstoffproduktion. Insgesamt wurden 5.146.000 m² Fläche (ca. 10.000 Grundstücke) vorzugsweise in Innenortlage, gefolgt von bewohnten Altlasten, wieder nutzbar gemacht. Es wurden rd. 1,28 Mio. t Boden ausgehoben und ca. 32,84 Mio. m³ Wasser gefördert. Der Schadstoffaustrag aus dem Wasser belief sich auf ca. 560 t, hiervon 484 t organische Verbindungen sowie 63 t Schwermetalle und Arsen. Aus Boden und Bodenluft wurden ca. 3.550 t Schadstoffe entfernt, hiervon 2.019 t organische Schadstoffe und 958 t sprengstofftypische Verbindungen.

Die Beteiligung der HIM-ASG an etlichen vom BMBF geförderten F&E-Projekten, u.a. MOSAL, MONASTA im Rahmen von KORA hat dazu beigetragen, Instrumente für künftige erfolgreiche Sanierungen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen des noch laufenden Förderschwerpunktes RUBIN wurde für den Standort der ehemaligen Teerfabrik Lang in Offenbach ein Funnel-and-Gate-System mit Biosorptionsreaktor zur Fassung und Reinigung kontaminierten Grundwassers entwickelt und errichtet. Der biologische Abbau vor allem der BTEX-Aromaten und 2-Ring-PAK wie Naphthalin und Methylnaphthaline verläuft so erfolgreich, dass nach derzeitigem Kenntnisstand auf die vorgesehene Aktivkohlefüllung des Kombinationsverfahrens verzichtet werden kann.

Mit Blick auf die aktuelle Projektliste stellte Schmitt-Biegel zusammenfassend fest, dass nach weitgehendem Abschluss der spektakulären Sanierungsprojekte die Altlastensanierung künftig auf niedrigerem Niveau gefahren werden könne. Neue Projekte würden realisiert, wenn der Verursacher oder sein Rechtsnachfolger nicht herangezogen werden könne, weitere Leuchtturmprojekte werde es aber nicht mehr geben. Gleichwohl sei eine Fortsetzung der Altlastensanierung und der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen erforderlich, um Schutzgüter, insbesondere das Grundwasser, zu sichern und Flächen in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Perspektivisch komme insbesondere der Weiterentwicklung innovativer Verfahren, dem Klimaschutz und der Geothermie wesentliche Bedeutung zu.

Rüstungsalstandort Stadtallendorf

Christian Weingran, seit 1993 für die HIM tätig und ausgewiesener Spezialist für Rüstungsallasten und

F&E-Vorhaben, stellte detailliert die Bilanz und die Erfolgsfaktoren der Sanierung des Rüstungsalstandortes Stadtallendorf vor und betonte die historische Verantwortung. Die seit Ende der 1970er Jahre durchgeführten Untersuchungen hatten gezeigt, dass Boden und Grundwasser im Bereich der ehemaligen Sprengstofffabriken (DAG, WASAG) sprengstofftypische Schadstoffe belastet waren. Aufgrund der punktuell bestehenden Gefährdung der menschlichen Gesundheit und insbesondere des Grundwassers – im Abstrom des DAG-Geländes befinden sich 29 bis zu 150 m tiefe Förderbrunnen zur Trinkwassergewinnung – war eine langfristige, wirksame Sanierung daher zwingend erforderlich.

Der IVG-Vergleich von 1990 über 25 Mio. DM (12,5 Mio. €) und der damit verbundenen Zusage des Landes Hessen, die finanziellen Lasten zu übernehmen, bildete die entscheidende Grundlage für die Sanierung. Die HIM-ASG führt seit 1993 im Auftrag des Landes Hessen, das auch die Mittel bereitstellt, die Erkundung, Sanierung und Sicherung dieser größten Rüstungsallast Europas durch. Die Grundstückseigentümer und die IVG sind von allen Kosten freigestellt. Mit allen Grundstückseigentümern wurden öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, die die Rechte und Pflichten von Land und Eigentümern beinhalten sowie Details der Sanierung festlegen.

Besonderheiten des Standortes sind die Größe der Fläche (ca. 400 ha Werk DAG) und das durch Umnutzung der ehemaligen DAG-Produktionsgebäude entstandene Wohngebiet mit hohem Gewerbeanteil. Von den 21.000 Einwohnern Stadtallendorfs leben ca. 4.000 auf Altlastenflächen. 12 von 14 wichtigen Industriebetrieben befinden sich vor Ort, ca. 8.000 der in Stadtallendorf Beschäftigten arbeiten auf Altlastenflächen.

Zu Beginn der Sanierung waren viele Fragen offen: technische Optionen, Untersuchungs- und Sanierungsverfahren fehlten, die Sanierungskosten und die Auswirkungen der Sanierung auf das Grundwasser und die Grundstückswerte ließen sich kaum einschätzen, Verantwortlichkeiten waren zu klären, Wünsche der Betroffenen zu ermitteln und zu berücksichtigen.

Die im Mai 1997 begonnene Sanierung erfolgte nutzungsbezogen im oberen Bodenmeter sowie nutzungsunabhängig in tieferen Schichten zur Sicherung des Grundwassers. Bei der Erarbeitung des Sanierungskonzeptes galt es, die ökonomische Effizienz, die ökologische Wirksamkeit und die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen

ausgewogen in Einklang zu bringen. Ende 2002 wurde die Sanierung des DAG-Geländes mit Ausnahme von Flächen im Außenbereich abgeschlossen. Boden mit einer Belastung oberhalb 80 mg TNT-TE/kg Boden wurde in Deutzen thermisch behandelt (ca. 116.000 t) und dort anschließend verwertet. Boden mit geringerer Kontamination wurde im Untertageversatz oder in Deponien verwertet oder am Standort zurückgebaut (etwa 155.000 t). Zum Schutz der Trinkwassergewinnung wird auch nach der Bodensanierung eine hydraulische Sicherung weiter betrieben.

Ab 2003 konnte mit finanzieller Unterstützung des Bundes auch die so genannte Tri-Halde, Schwerpunkt sprengstoffspezifischer Schadstoffbelastung mit abgelagerten Schlämmen aus der TNT-Produktion, saniert werden. Für den Abtrag und die Konditionierung des Bodens wurde eine Halle mit Abluftbehandlung errichtet werden; insgesamt 93.000 t Boden und konditionierter Schlamm wurde in Spezialcontainern zur thermischen Behandlung nach Deutzen transportiert. Der durch die Ableitung kontaminierter Abwässer belastete Bereich Tri-Graben und Münchbach wurde schließlich 2008/2009 saniert. Zu entsorgen waren weitere 16.000 t Boden. Die betroffenen Grundstücke wurden im Anschluss an die Sanierung auf Kosten des Landes rekultiviert. Staatsminister Dietzel hat am 21. März 2006 offiziell die Sanierung des Standortes beendet. Nachsorgearbeiten erfolgen noch bis zum Jahre 2010.

Als Erfolgsfaktoren stellte Weingran die Einbeziehung der Betroffenen, den kooperativen Planungsansatz, den Einsatz moderner Projektmanagementmethoden und den kontinuierlichen Mittelabfluss heraus.

Von den sanierten Flächen gehen heute keine Gefahren mehr für die Gesundheit von Menschen und für die Umwelt aus. Die Arbeiten in Stadtallendorf haben wesentlich dazu beigetragen, dass es keine unlösbaren technischen und administrativen Herausforderungen bei der Sanierung von bewohnten Altlasten mehr gibt. Die Bauwerke und die sonstigen Überreste der Sprengstofffabrik sind Mahnmale der verbleibenden historischen Altlast. Mit der jüdischen Weisheit „Das Geheimnis der Erinnerung heißt Versöhnung“ schloss Weingran seine immer wieder spannenden Ausführungen.

Erfolgsfaktor Bürgerbeteiligung

Bei der Sanierung von bewohnten Altlasten erhält die technisch-ökonomisch-ökologische Fragestellung eine soziale Komponente. Jochen Blecher,

seit 1994, erst in Stadtallendorf, heute in Lampertheim, für die HIM tätig, blickte zurück auf die Bürgerbeteiligung in Stadtallendorf, die ein wesentlicher Faktor der erfolgreichen Sanierung war und umriss Perspektiven für die Bürgerbeteiligung in der Altlastensanierung. Da im In- und Ausland erste, vielfach negative Erfahrungen im Umgang mit bewohnten Altlasten vorlagen, hatte sich das Land Hessen schon früh für eine offene Informationspolitik und eine Beteiligung der betroffenen Bewohner des Sanierungsgebietes in Stadtallendorf an der Vorbereitung von Entscheidungen entschieden und ließ hierfür von der Gesamthochschule Kassel das „Beteiligungsmodell im Sanierungsprozeß der Rüstungsaltestadtallendorf“ entwickeln.

Politiker, Unternehmer und eine Interessengemeinschaft engagierter Bürger bildeten im Juli 1993 den „Projektbeirat Altlasten Stadtallendorf“, dessen Vorsitzender ein leitender Angestellter eines ortsansässigen Großunternehmens wurde. Als gemeinsame Einrichtung der HIM-ASG und der Stadt Stadtallendorf kam 1994 das Bürgerbeteiligungsbüro hinzu, eine kontinuierlich verfügbare Anlaufstelle für Bewohner und die interessierte Öffentlichkeit. Darüber hinaus bestand zur Wahrung der Interessen Betroffener die Interessengemeinschaft Rüstungsaltestandort DAG Stadtallendorf.

Wichtigste Meilensteine der Bürgerbeteiligung waren 1997 die Teilnahme des Projektbeirats, der Interessengemeinschaft und des BBB an den Verhandlungen zwischen Land und Stadt die Vorbereitung der Sanierungsvereinbarung. Durch ein mit der Stadt abgestimmtes Vorgehen konnte ein für die Betroffenen positives Ergebnis erzielt werden. Die positive Resonanz der Betroffenen belegt, dass die Bürgerbeteiligung ein unverzichtbarer Bestandteil der Standortsanierung war. Die Vorgehensweise lässt sich auch auf andere komplexe Sanierungsvorhaben übertragen.

Blecher unterstrich, dass der zweckorientierte und zielgruppengerechte Einsatz geeigneter Instrumente für eine effektive Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich ist. Allem voran aber müsse die Diskussion ergebnisoffen, ehrlich und ernsthaft geführt werden. Bürgerbeteiligung dürfe nicht als Deckmäntelchen eingesetzt werden.

Einen Überblick des Wandels von Sanierungsstrategien und -techniken lieferte Dieter Bohlen, ebenfalls seit 20 Jahren als Projektleiter bei der HIM-ASG tätig. Galten früher Listenwerte für alle Projekte, so erfolgt

heute eine differenzierte Betrachtung nach Bodenschutzrecht, die der Weiterentwicklung der Sanierungstechniken der 1990er-Jahre zur heutigen Vielfalt, insbesondere auch der innovativen Sanierungsverfahren Rechnung trägt. Im Rahmen der modernen Sanierungsstrategien erfolgen Sanierungen auf der Grundlage der Gefährdungsabschätzung einzelfallbezogen und abgestimmt auf die zukünftige Nutzung.

Kooperationsmodell Bayern

Mit dem Ziel die Altlastensanierung dort finanziell und fachlich zu unterstützen, wo Verantwortliche nicht mehr greifbar oder zahlungsunfähig sind, gründete bereits 1989 die Bayerische Wirtschaft gemeinsam mit dem Freistaat Bayern die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB mbH). Dr. Thilo Hauck, Geschäftsführer der GAB, stellte das das freiwillige, Staat und Wirtschaft paritätisch finanzierte Kooperationsmodell, die Geschäftsfelder der GAB vor und berichtete über Erfahrungen aus 20 Jahren Altlastensanierung. Im Geschäftsbereich 1 unterstützt die GAB die Landkreise und kreisfreien Städte finanziell und fachlich bei der Untersuchung und Sanierung industriell/gewerblicher Altlasten. In dem 2006 neu geschaffenen Geschäftsbereich 2 „Gemeindeeigene Hausmülldeponien“ prüft die GAB mbH die Anträge der Gemeinden insbesondere auf das Vorliegen der Zuschussvoraussetzungen, auf die fachliche Eignung und auf Wirtschaftlichkeit der beantragten Maßnahmen, führt eine Prioritätenliste für die Bearbeitung der Hausmülldeponien und nimmt Auszahlungen und Abrechnungen von Zuschüssen vor. Des Weiteren unterstützt die GAB mbH die Gemeinden in fachlichen Belangen, bei der Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben sowie im Bereich des Projektmanagements und der Projektabwicklung.

Sonderabfalldeponie Bonfol

Den Blick über die Bundesgrenzen lenkte Dr. Anton Aeby, bci Betriebs-AG, mit seinem Vortrag über die Sanierung der Sonderabfalldeponie Bonfol im Schweizer Jura. Die Sondermülldeponie Bonfol ist ein Erbe der industriellen Vergangenheit. Von 1961 bis 1976 lagerten die Basler Chemische Industrie, der Kanton Bern, das regionale Gewerbe sowie die Schweizer Armee in einer ehemaligen Tongrube rund 114.000 t Sonderabfälle ab. Die Deponie umfasst eine Fläche von rund 20.000 m², was vier Fußballfeldern entspricht. 1976 wurde die Deponie stillgelegt und mit einem Tondeckel versehen. Die Ab-

gerung von Abfallprodukten aus der Chemieproduktion in der undurchlässigen Tongrube von Bonfol galt in ihrer Zeit als vorbildlich und richtungsweisend. Mit den verbesserten Techniken zur Abfallentsorgung und dem gestiegenen Umweltbewusstsein ist die Deponie mehr und mehr zu einer Hypothek geworden.

Zwischen 1986 und 1995 wurden ausgedehnte Sicherungsmaßnahmen getroffen, damit die Einwirkungen der Deponie für die Umwelt möglichst gering bleiben. Im Jahr 2000 haben sich der Kanton Jura und Vertreter der Basler Chemischen Industrie auf eine Konvention über die definitive Sanierung der Sondermülldeponie geeinigt. 2003 wurde das Sanierungsprojekt gemäß Schweizer Altlastenverordnung erstellt. Das Projekt läuft in fünf klar definierten Etappen ab. Der Zeitplan sieht vor, die Sanierung bis im Jahr 2015 fertigzustellen. Im Rahmen der derzeitigen vierten Phase der Deponiesanierung, werden die eingelagerten Chemieabfälle in einer eigens gebauten stützenfreien Halle ausgebaut, konditioniert und zur Verbrennung u.a. in die HIM-Anlage nach Biebesheim gebracht.

Das Projekt stellt hohe Anforderungen und ist nur in Zusammenarbeit verschiedener Partner realisierbar. Die Sanierung wird unter Berücksichtigung der geltenden kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung und von deren Ausführungsbestimmungen durchgeführt. Die Einhaltung wird durch die kantonalen und die eidgenössischen Behörden sichergestellt. Im Umfang der gesetzlichen Vorgaben trägt die bci die Sanierungskosten. Die Projektkosten werden auf rund 350 Mio. Schweizer Franken geschätzt.

Dr. Günther Bachmann, Geschäftsführer des Rates für Nachhaltige Entwicklung, thematisierte 20 Jahre Altlastensanierung im Kontext des 30-ha-Ziels und umriss Kriterien der Nachhaltigkeit und einen Orientierungsrahmen für die künftige Entwicklung. Auf dem Weg von der Altlastensanierung zur (Flächen-)Kreislaufwirtschaft seien Länder und Kommunen gefordert, neue Modelle und Methoden in ihren Nachhaltigkeitsstrategien zu implementieren. Die deutschen Altlastenexperten forderte Bachmann auf, sich nicht allein auf Deutschland zu fokussieren, sondern ihr Know-how und ihre Er-

fahrungen in der Welt zur Verfügung zu stellen.

Im Mittelpunkt des letzten Vortrages der Veranstaltung stand das Flächenrecycling in NRW. Dr. Ralf Heyer, Geschäftsführer der NRW.URBAN berichtete über Erfahrungen und stellte Projekte und Perspektiven vor.

In ihrem Resümee unterstrichen die Veranstalter nochmals, dass in 20 Jahren zwar viel Boden gut gemacht wurde, gleichwohl weiterhin eine Vielzahl von kleineren Sanierungsmaßnahmen auf alle Beteiligten warten und das Thema Altlasten in Hessen noch nicht abgehakt werden kann.

Die 20-jährige Erfolgsbilanz des Landes Hessen und der HIM-ASG zeigt einmal mehr, dass die Bewältigung der Altlasten eine echte Investition in die Zukunft, die Gesundheit der Bürger und den Schutz der Umwelt ist und dazu beiträgt, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern. Es ist zu hoffen, dass die Altlastensanierung in Hessen Priorität behalten wird. Dem Land Hessen und der HIM-ASG ist zum bisher Erreichten zu gratulieren und für Fortsetzung des eingeschlagenen Weges viel Erfolg zu wünschen.

Kompetenz in Bodenschutz und Altlastensanierung



Berechnung von Prüfwerten zur Bewertung von Altlasten

Herausgegeben vom Umweltbundesamt

Bearbeitet von ausgewiesenen Experten auf dem Gebiet des Bodenschutzes

Loseblattwerk, 1.210 Seiten.

ISBN 978 3 503 05825 9

Jetzt zur Ansicht bestellen!

Dieses ergänzbare Werk bietet allen Verantwortlichen, die sich mit der Berechnung von Prüfwerten für den Wirkungspfad Boden-Mensch zur Bewertung von Altlasten befassen, unverzichtbare Unterstützung und alle erforderlichen Informationen.

Mehr zum Werk unter [www.ESV.info/978 3 503 05825 9](http://www.ESV.info/978_3_503_05825_9)

Bestellungen bitte an den Buchhandel oder direkt an:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G • 10785 Berlin
Fax 030/25 00 85-275
www.ESV.info • ESV@ESVmedien.de

ESV

ERICH SCHMIDT VERLAG